

Pressemitteilung vom 30.04.2010

Philologenverband warnt vor den Konsequenzen eines neuen Schulkrieges

Meidinger: Dem Bildungsföderalismus droht eine Verfassungskrise

Bürger wollen konkrete Verbesserungen und nicht einen neuen Schulkampf

Im Hinblick auf die Ankündigungen von SPD, Grünen und der Linken, im Falle eines Wahlsieges in Nordrhein-Westfalen weitreichende schulstrukturelle Änderungen durchzusetzen sowie Gymnasien und Realschulen massiv zu verkürzen bzw. abzuschaffen, warnte der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger vor den Konsequenzen eines Schulkrieges.

"Einerseits zeigen alle Meinungsumfragen, dass die zwangsweise Durchsetzung einer Gemeinschaftsschule bzw. einer längeren Grundschulzeit nicht mehrheits- geschweige denn konsensfähig ist. Auf der anderen Seite sind immer mehr Eltern zunehmend enttäuscht und verbittert darüber, dass Bildungspolitik in vielen Ländern zum Experimentierfeld unausgegorener Strukturreformen degradiert wird, während echte Verbesserungen wie die Verminderung des Unterrichtsausfalls und die Verkleinerung von Klassen ausbleiben. Anstatt Hunderte von Millionen Euro in qualitätsmindernde Strukturreformen zu stecken, sollte endlich die Situation konkret vor Ort deutlich verbessert werden und zwar an allen Schularten und Schulen!", so der Verbandsvorsitzende.

Meidinger verwies darauf, dass die Bildungspolitik zum parteipolitischen Kampfplatz geworden sei und nach Landtagswahlen jede Koalition eigene Schulmodelle stricke. Dadurch nähmen die Unübersichtlichkeit und Verschiedenartigkeit der Schulsysteme in den Bundesländern immer mehr zu. Umzüge von Familien mit schulpflichtigen Kindern zwischen den Bundesländern würden so immer schwieriger.

"Bereits jetzt gibt es eine große Bevölkerungsmehrheit, die die Zuständigkeit für die Schulen lieber beim Bunde angesiedelt sehen würde, wie eine Allensbach-Umfrage vor einem Monat gezeigt hat. Bei einer weiteren Zersplitterung der Schullandschaft in Deutschland bei gleichzeitiger zwangsweiser Durchsetzung von Schulreformen in einzelnen Ländern droht dem Bildungsföderalismus mit Sicherheit eine Verfassungskrise, zumal die Zuständigkeit für Bildung mittlerweile die einzige verbliebene gesetzliche Kernkompetenz der Länder darstellt", betonte er.

Meidinger nannte es eine Illusion zu glauben, der Staat könne mit seinen Mitteln gegen den erbitterten Widerstand eines großen Teils der Bevölkerung Schulreformen durchsetzen und zum Erfolg führen: "Wenn das staatliche Schulsystem nicht mehr akzeptiert wird, dann werden viele Eltern auf private Schulen ausweichen, wie sich im angelsächsischen Raum, aber auch in Hamburg und Brandenburg beobachten lässt! Nicht mehr, sondern weniger Bildungsgerechtigkeit ist die Folge, wie PISA zeigt!"

Autor: Eva Hertzfeldt, presse(at)dphv.de